

Stand: 10.01.2026 23:46:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5017

"Energiedialog - Für eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5017 vom 29.01.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5048 vom 29.01.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 29.01.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Eberhard Rotter, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Christine Haderthauer, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Dr. Harald Schwartz** und **Fraktion (CSU)**

Energiedialog – Für eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den umfassenden Energiedialog intensiv auszuwerten, auf dieser Grundlage Verhandlungen mit dem Bund zu führen und anschließend dem Landtag zu berichten.

Begründung:

In dem umfassenden Energiedialog mit Experten, Wirtschaft und Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden und Bürgerinitiativen wird eine gemeinsame Vorstellung der zukünftigen Energieversorgung in Bayern und Deutschland erarbeitet, die einen Mix aller Hauptthemen – Energiesparen, Ausbau erneuerbarer Energien, Speichertechnologien und Versorgungssicherheit – umfasst. Der Energiedialog ist ein breit angelegter Konsultationsprozess, der zur politischen Meinungsbildung dienen und unter Berücksichtigung einer möglichst breiten gesellschaftlichen Basis klären soll, wie eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung für Bayern sichergestellt werden kann.

Es werden alle Meinungen der Interessensvertreter im Energiedialog aufgegriffen und in einem Gesamtkonzept abgewogen. Das heißt aber auch, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Vorfestlegung zum Bedarf von Höchstspannungstrassen getroffen werden sollte. Dazu sind auch weitere, intensive Gespräche mit der Bundesregierung notwendig. Entscheidungen über Höchstspannungstrassen und ein neues Strommarktdesign liegen beim Bund, deshalb sind Entscheidungen in Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung notwendig.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Frel-ler, Erwin Huber, Eberhard Rotter, Jürgen Baumgärtner, Dr. Ot-mar Bernhard, Markus Blume, Christine Haderthauer, Klaus Ho-letschek, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Dr. Harald Schwartz** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/5017

Energiedialog – Für eine sichere, bezahlbare und saubere Ener-gieversorgung in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den umfassenden Energiedia-log intensiv auszuwerten, auf dieser Grundlage Verhandlungen mit dem Bund zu führen und anschließend dem Landtag zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Johann Häusler

Staatsministerin Ilse Aigner

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Erwin Huber

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Keine Vorfestlegung auf HGÜ-Stromleitungen durch die Staatsregierung
(Drs. 17/5004)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin
Huber u. a. und Fraktion (CSU)**

**Energiedialog - Für eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung in
Bayern (Drs. 17/5017)**

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Frau Wirtschaftsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum haben wir diesen Antrag mit der Überschrift "Keine Vorfestlegung auf HGÜ-Stromleitungen" gestellt? – Wir haben erlebt, dass die CSU bei ihrer Klausur in Kreuth über die Wirtschaftsministerin eine Vorfestlegung getroffen hat, abgestimmt oder nicht abgestimmt. Der Ministerpräsident hat immer gesagt, dass der Dialog offen gestaltet wird. Wir haben immer gesagt, dass wir einen offenen Dialog wollen.

Wir FREIEN WÄHLER haben die Sorge, dass in diesem Dialog eine Variante ohne eine HGÜ-Trasse preislich nicht bewertet wird. Ich erwarte von der Wirtschaftsministerin, dass am Ende eines solchen Dialogs, an dem der Bayerische Landtag nicht beteiligt war, was sich eigentlich für einen Dialog gehören würde, eine solche preislich bewertete Variante vorgelegt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen. Darin steht, dass Sie nach diesem Dialog nach Berlin gehen, dort ver-

handeln und das Ergebnis dann dem Bayerischen Landtag mitteilen wollen. Was ist das für eine Vorgehensweise? – Wir haben in Bayern einen Dialog geführt. Ich bin der Meinung, dass es uns nach diesem Dialog gut zu Gesicht stehen würde, dass der Bayerische Landtag, dieses Hohe Haus, über die Ergebnisse dieses Dialoges diskutiert. Bei dieser Diskussion müssen alle Varianten bewertet werden. Wenn Sie nicht alle Varianten bewerten wollen, entziehen Sie sich Ihrer Regierungsverantwortung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden nicht zulassen, dass Sie sich nach diesem Dialog wieder hinter der Bundespolitik verstecken. Sagen Sie dem bayerischen Bürger: Was kostet es ohne Trasse, was kostet es mit einer Trasse, was kostet es mit zwei Trassen? – Hören Sie vor allem damit auf, vorab eine politische Bewertung vorzunehmen und 1,3 Millionen Bürger an der Süd-Ost-Passage gegen den SuedLink auszuspielen. Das ist unredlich und hat nichts mit einem Dialog zu tun. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Baumgärtner.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! FREIE-WÄHLER-Mikrokosmos: Kein Mensch in Bayern hat sich festgelegt. Vielmehr führen wir ergebnisoffen einen Energiedialog nach dem Grundsatz: zuhören, abwägen, nachdenken und entscheiden.

Worum geht es? – Im Kern geht es darum, eine Lösung für die große Herausforderung der Energiewende mit einem größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens zu finden, und zwar gemäß dem Dreieck bezahlbar, versorgungssicher und umweltfreundlich. Meine Damen und Herren, die CSU wird die Energiewende so gestalten, dass die bayerische Wirtschaft konkurrenz- und leistungsfähig bleibt; denn ohne Arbeitsplätze ist alles nichts.

(Beifall bei der CSU)

Weil wir die Menschen in Bayern sehr ernst nehmen und weil wir zuhören, war es für uns wichtig, dass wir in der Tat noch einmal überprüfen: Wie sieht es eigentlich mit dem Netz aus? – Das Netz ist kein Selbstzweck, sondern es hat eine dienende Funktion. Es geht darum, den Netzentwicklungsplan zu überprüfen. Am Ende des Tages geht es auch um die Frage, welcher Produzent welchen Strom liefert, der transportiert werden muss. Wir wollen die Zahlen und Fakten überprüfen, weil wir davon überzeugt sind, dass nicht diejenigen die Zahlen liefern können, die am Ende die Trassen bauen. Meine Damen und Herren, wir werden dabei die gesetzlichen Rahmenbedingungen gut beleuchten.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

- Lieber Vorsitzender der SPD-Fraktion, Zuhören bildet.

(Zuruf von der SPD: Aber nur, wenn die Rede anständig ist!)

Ich habe Ihnen folgenden Vorschlag zu machen: Sie hören mir zu, und danach gehen Sie ans Mikrofon, und wir tauschen uns in Rede und Gegenrede aus, wie es in einem Parlament üblich ist. Auf Ihr Gemecker kann ich weitestgehend verzichten, nur dass Sie das schon einmal wissen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wir haben den Energiedialog. Wir wollen uns mit den Themen Energieeinsparung und Energieeffizienz auseinandersetzen und uns mit den Fragen befassen, welchen Beitrag die Speicher leisten können, wie es mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien weitergeht, wie es sich mit der Versorgungssicherheit und dem Strombedarf verhält und wie es um die gesicherte Leistung und um die Versorgung insgesamt bestellt ist.

Am Ende dieses Dialogs werden wir abwägen und nachdenken. Nach der Bewertung werden wir in Berlin die bayerischen Positionen vortragen; denn entschieden wird in

Berlin. Das müssen Sie wissen, meine Damen und Herren. Dort haben Sie mit dem Bundeswirtschaftsminister eine ganz herausragende Bedeutung. Dort wird er uns sagen müssen, wie wir die Energiewende in Deutschland organisieren wollen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wir haben eine Koalition!)

- Ja; deswegen sage ich doch: Sie haben eine ganz herausragende Bedeutung in Berlin. Wir werden die Energiewende gemeinsam so organisieren, dass die bayerische Wirtschaft leistungsfähig bleiben kann und auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Strompreise bezahlen können.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wann wird das passieren?)

- Ich kann Ihnen sagen, wann das passiert: wenn der Energiedialog ergebnisoffen bewertet ist. Ich bin der Wirtschaftsministerin sehr dankbar, dass sie diesen Energiedialog überhaupt durchgeführt hat.

(Zurufe von der SPD)

Es macht Spaß, Politik zu machen und der Politik zuzusehen, während man mit den Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch bleibt, zuhört und dann Entscheidungen herbeiführt, die in der Gesellschaft weitestgehend konsensfähig sind.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo! – Weitere Zurufe von der CSU und der SPD)

Rede und Gegenrede auch jetzt?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sind Sie jetzt fertig, Herr Baumgärtner? – Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kohnen. Bitte schön, Frau Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Mal ganz ehrlich: Weder der Antrag der FREIEN WÄHLER noch der Antrag der CSU ist wirklich mit Gedanken, mit Sinn und Verstand gemacht. Worüber diskutieren wir denn hier? – Die

Energieministerin verkündet letzten Mittwoch: Es gibt nur noch eine Trasse. – Am Donnerstag bekommt sie vom Ministerpräsidenten Seehofer eins auf die Mütze.

(Widerspruch der Staatsministerin Ilse Aigner)

- Doch, Frau Aigner, ich habe das im "Münchner Merkur" gelesen. Das war doch spannend.

(Widerspruch der Staatsministerin Ilse Aigner)

- Doch. Liebe Frau Aigner, der dpa zufolge hat der Ministerpräsident gestern verlauten lassen: Die Festlegung kann so oder ganz anders ausfallen, das ist bei mir immer so.
– So viel zur Frage, was hier entschieden wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort auf den Antrag der FREIEN WÄHLER könnte – das ist bitter, er ist, ehrlich gesagt, lieblos, und Sie hätten ihm durchaus etwas hinzufügen können – auch lauten: Lassen wir einfach die Atomkraftwerke weiterlaufen. – Das würde zu Ihrem Antrag auch passen. Darin steht nichts zum Thema Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben auch nichts zur Frage geschrieben, ob Versorgungssicherheit gegeben sein soll und was denn mit "sicher" gemeint ist. Ich weiß nicht, wer das geschrieben hat, vielleicht Herr Pohl; Sie sollten sich hier das nächste Mal ein bisschen mehr Mühe geben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Blöde Bemerkung!)

Der CSU muss ich ganz ehrlich sagen - -

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

- Herr Huber, machen wir vielleicht etwas anderes daraus. Es wäre tatsächlich gut, wenn Sie die Opposition in die Auseinandersetzung über das Thema miteinbeziehen.

Der Antrag beginnt mit den Worten: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, den umfassenden ...". Immerhin schreiben Sie nicht "ergebnisoffen"; ergebnisoffen ist der Dialog nämlich nicht mehr. Die Windkraft haben Sie ja schon plattgemacht.

(Widerspruch des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- Das steht aber nicht drin; Sie müssen Herrn Huber zur Schnecke machen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das habe ich mit meiner Äußerung, die Sie zitiert haben, gemeint!)

- Ja, aber das kann man daraus nicht lesen. Ich kann Ihnen noch einmal sagen, was Sie gesagt haben; man kann es nämlich so verstehen wie ich.

Herr Huber, der umfassende Energiedialog soll intensiv ausgewertet werden. Herr Baumgärtner hat gesagt, es soll nachgedacht werden. Frau Aigner, denken Sie das nächste Mal nach, bevor Sie sich äußern, sonst macht er Sie wieder runter. Ich glaube, Herr Huber, es wäre gut, wenn Sie nicht direkt in den Bund gehen, sondern wenn Sie zuerst mit Frau Aigner oder Herrn Seehofer in den Ausschuss kommen – ich weiß nicht, wer beim Thema Energie das Sagen hat. Wenn irgendjemand kommt und tatsächlich mit uns berät – im Parlament ist es angebracht, wenn wir gemeinsam beraten -, können Sie in den Bund gehen. Dann wäre es gut, wenn wir wüssten, was Sie verhandeln wollen; das steht nämlich auch nicht drin.

Am Schluss schreiben Sie in Ihrer Begründung: "Es werden alle Meinungen der Interessensvertreter im Energiedialog aufgegriffen". Seien wir doch einmal ehrlich: Die Windkraftbefürworter spielen dabei keine Rolle mehr. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Das sieht man auch am Ergebnis Ihres Dialogs.

Wir hätten gerne, dass wir beteiligt werden, und wir wüssten unheimlich gerne, wer in der Energiewende tatsächlich das Sagen hat: Hat die Ministerin noch das Sagen, darf sie etwas entscheiden? – Sie wollte am Montag nach dem Energiedialog eigentlich etwas sagen. Darf sie das noch, Herr Seehofer, oder muss sie nachdenken? – Wir sind ein bisschen verwirrt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das fällt mir schon länger auf!)

– Ich weiß nicht, wer von uns beiden verwirrter ist. – Wir hätten gerne eine Aufklärung dieser Verwirrung; das wäre doch prima.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Male ein Antrag der FREIEN WÄHLER zum Thema Stromtrassen, nicht viel Neues. – Wir werden dem Antrag zustimmen, da er ein Berichtsantrag ist. Er wird zeigen, dass die Strompreise in Bayern explodieren werden, wenn wir die Infrastruktur nicht an die Erfordernisse der Energiewende anpassen. Wenn der Bericht erforderlich erscheint, soll es eben so sein.

(Natascha Kohnen (SPD): Kein Bericht!)

Aus unserer Sicht geht es immer wieder nur um Kosten, Kosten, Kosten. Herr Glauber, wir sind uns in vielen Punkten einig. Wir dürfen bei der Energiewende aber nicht immer nur auf Kosten schauen. Wenn ich die Betrachtung sehe, was es kostet mit keiner oder einer Trasse oder mit zwei Trassen, dann muss ich feststellen: Es geht bei der Energiewende um den Klimaschutz. Wir machen das Ganze wegen des Klimaschutzes und natürlich auch wegen des Atomausstiegs. Davon müssen wir ausgehen. Wir müssen sagen: Wir wollen hin zu erneuerbaren Energien, zu einer umweltfreundlichen Energiegewinnung. Aus dem Grund müssen wir sehen, wie wir die erneuerbaren Energien stärken können, wie wir Bayern umweltfreundlich versorgen können.

Es tut mir leid, dass die Staatsregierung das in die Richtung großer Gaskraftwerke schieben möchte. Wir haben in Bayern 4.116 Megawatt installierter Gaskraftwerksleistung. Die Gaskraftwerke sind letztes Jahr zu genau 15 % gelaufen, in Betrieb gewesen. Warum wollen wir denn noch neue bauen? – Wir haben genügend, wir bringen sie bloß nicht in den Markt. Das sind doch die Voraussetzungen. Wir diskutieren immer über das Wolkenkuckucksheim, dass wir neue Gaskraftwerke brauchen. Das ist wirklich Schwachsinn. Wir müssen die Erfordernisse sehen. Was brauchen wir? – Wir brauchen endlich eine Belebung des CO₂-Zertifikate-Handels. Sie müssen in der Großen Koalition endlich einmal darauf drängen, dass das beschleunigt wird. Die Kohle muss raus aus dem Netz. Wir müssen das Ganze in ein Gesamtsystem einbetten. Diese Denke fehlt mir bei Ihren Berechnungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Baumgärtner, Sie tun sich schrecklich leicht und sagen hier: Jetzt haben wir den ergebnisoffenen Energiedialog gemacht, die Analyse wird nicht allzu leicht werden, und am Schluss entscheidet sowieso die SPD, der Wirtschaftsminister in Berlin, er muss dann sagen, was umgesetzt wird. – Sie wissen eigentlich überhaupt nicht, wo es langgeht. Dann heißt es wieder: Na ja, dann soll eben der da oben entscheiden. Was ist denn das für ein Konzept? – Wir diskutieren seit Jahren über diese Energiewende, und Sie wissen noch immer nicht – jetzt muss ich mich natürlich wieder nach links und nach rechts wenden –, wie wir das Ganze anpacken wollen. Dann heißt es wieder: Es wird sowieso in Berlin entschieden. Das ist wirklich schwach. Von einer Alleinregierung erwarten wir, dass Sie sagen: Das ist unsere Richtung. Davon ist aber nichts zu sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Energiedialog an sich ist positiv. Das unterstützen wir. Viele Personen, viele Bürger kamen zu Wort. Jetzt geht es um die Analyse. Frau Aigner, wir dürfen gespannt sein, welche Schlüsse Sie ziehen werden. Es ist durchaus herausgekommen, dass wir

einen gewissen Umbau unserer Infrastruktur brauchen. Da müssen wir auch mal klare Worte sprechen und sagen: Jawohl, der SuedLink ist notwendig. Dann müssen wir aber auch mal sehen, wie er denn gebaut wird. Das sind jetzt die Fragen. Vor Ort müssen die Bürgermeister mit ins Boot geholt werden; vor Ort müssen die Landräte und Bürger mitentscheiden, wie denn die Leitung gebaut wird: Kann ich erdverkabeln? Kann ich auf andere Masten gehen? Was mache ich mit dem Biosphärenreservat Rhön? – All diese Fragen sind offen. Darauf müssen wir endlich Antworten bekommen. Leider ist bei diesen konkreten Dingen Fehlanzeige.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Diese Debatte hier noch einmal zum Thema HGÜ – eine, zwei, drei, wir können würfeln. Das ist aber keine sachliche Debatte. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Ich bitte den Kollegen Häusler zum Rednerpult.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Baumgärtner, das Ergebnis des politischen Handelns einer Regierung oder einer Mehrheit wird nicht an der Lautstärke und auch nicht an vollmundigen Ankündigungen, sondern letztlich am Ergebnis gemessen. Das Ergebnis des bisherigen Energiedialogs und insbesondere das Ergebnis der Umsetzung der Energiewende seit 2011 sind sehr bescheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

2022 geht das letzte Atomkraftwerk Bayerns vom Netz; bis heute liegt uns kein schlüssiges Konzept der Staatsregierung vor, wie denn die Anschlusssicherung stattfinden soll. Fukushima war am 11. März 2011. Der Tsunami hat damals eine Kernschmelze in drei Reaktoren veranlasst. In Kürze jährt sich das zum vierten Mal. Das

heißt im Klartext: Wir haben im Grunde vier Jahre verloren, um eine Energiewende auf regenerativer Basis vernünftig auf den Weg zu bringen.

Die Staatsregierung sah damals verschiedene Möglichkeiten, partiell auch den Weg, über 1.500 Windräder in Bayern zu installieren, um ein gewisses Delta zu überbrücken. Sie hat sich den Weg mittlerweile selbst verbaut, indem sie die 10-H-Regelung gegen alle Widerstände und Vernunft durchgedrückt hat. Die Erforschung und der Ausbau von Speicherkapazitäten für erneuerbare Energien wurden dadurch sträflich vernachlässigt und im Grunde überhaupt nicht auf den Weg gebracht, ebenso das selbstgesteckte Ziel, bis 2021 mindestens 50 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Wir alle wissen: Es müssen baldmöglichst 100 % sein.

(Erwin Huber (CSU): 150 % nach Ihrer Rede, Herr Kollege!)

– 100 % reichen. Das sollte Ihnen schlüssig sein. – Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung kommt in Bayern ebenfalls nicht voran. Auch das Einsparkonzept der Bundesregierung, bis 2020 20 %, bis 2050 50 % einzusparen, hinkt in der Umsetzung deutlich hinterher. Was ist die Konsequenz? – Man sah zunächst das Heil im Stromtransit von Nord nach Süd. Durch fehlgeleitete Förderanreize im Erneuerbare-Energien-Gesetz wurden jede Menge Windräder, hauptsächlich offshore, zugebaut. Der dort produzierte Strom wird vor Ort nicht abgenommen und nicht verbraucht.

Die Energieversorger haben infolge der Laufzeitverkürzung mit Klagen gedroht und haben diese zum Teil eingereicht. Wahrscheinlich wollte man denen ein Stück weit entgegenkommen, um Kohlestrom abzunehmen in einer Region, die eigentlich überhaupt keinen Verbrauch vorzuweisen hat, nämlich der Lausitz, um den Strom nach Süden zu transportieren. Man war bereit, dort 11 Dörfer abzusiedeln – das muss man sich einmal vorstellen – und Mondlandschaften zu schaffen. Der Transport des Stromüberschusses von Nord nach Süd war eigentlich die logische Konsequenz.

Demzufolge entwickelten die Netzbetreiber den Netzentwicklungsplan, der von der Bundesnetzagentur 2012 bestätigt wurde mit dem Ziel, 2022 2.800 km neuer Trassen,

insgesamt drei HGÜ-Korridore, nach Süden zu installieren. Das wurde letztlich am 23.07.2013 festgesetzt, und zwar im Bundesbedarfsplangesetz. Als diese Dinge öffentlich wurden und diese Themen auf die Tagesordnung kamen, die Pläne konkretisiert waren, kam der Bürgerprotest; dann kamen die Menschen auf die Politiker zu und haben gesagt: So geht es nicht. Es gab zunächst 22.000 Unterschriften, dann wurden 100.000 Unterschriften nach Berlin geschickt. Ministerpräsident Seehofer hat dann gesagt, wir können letztendlich nicht gegen die Bürger und auch nicht gegen 200 Bürgermeister und Landräte solche Trassen durchsetzen. Das hat dann zu diesem Energiedialog geführt. Von dessen Ergebnis haben meine Vorredner ausführlich berichtet.

Schon damals, anfangs der Diskussion, wurden von international anerkannten Fachleuten, Professor Dr. von Hirschhausen, Professor Dr. Jarass, Frau Professor Dr. Kemfert, die Notwendigkeit und die Alternativen aufgezeigt. Das waren ganz klare Richtlinien und Ansätze in Richtung regenerative Energien und regionale Wertschätzung. Diese wurden in dieser Form nicht wahrgenommen. Nach dem Widerstand folgte die politische Entscheidung: Wo besteht der geringste Widerstand? – Es wurde nach dem Sankt-Florians-Prinzip verfahren. Die SuedLink-Trasse durchkreuzt das Herz Bayerns. Dort sind viel zu viele Betroffene. Mit der Konzentration auf den Südring sind nur drei unterfränkische Landkreise betroffen. Diese drei unterfränkischen Landkreise haben jedoch bei der Beurteilung die gleiche Wertschätzung und den gleichen Respekt verdient wie alle anderen Landkreise in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Seehofer, Sie haben tatsächlich gesagt, wir sollten nicht von der Atomenergie auf die Kohlekraftgewinnung umsteigen. Das ist nicht sinnvoll. Deshalb ist es wichtig, unserem Antrag zuzustimmen, der sich weitgehend mit dem nachgezogenen CSU-Antrag deckt: keine vorgelegten Festsetzungen, sondern Abwarten von Ergebnissen. Leider wurde der Antrag mit zeitlicher Verzögerung eingereicht. Wir werden dem CSU-Antrag zustimmen, weil er die Forderungen, die wir eingebracht haben, ebenfalls

enthält: Nachhaltigkeit, Leistungssicherheit und Verantwortung. Insbesondere dem letzten Satz in der Begründung, mit dem Vorfestlegungen abgelehnt werden, stimmen wir zu. Kolleginnen und Kollegen, insofern hat jeder, der sich vor Ort gegen entsprechende Trassenführungen wendet, sein Bekenntnis mit der heutigen Beschlussfassung in Einklang zu bringen. Darum bitte ich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Häusler, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Uns liegt noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kohnen vor.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Häusler, ich habe eine Frage. Warum hat Herr Glauber vorhin gesagt, er wolle beteiligt werden? Wenn Sie dem CSU-Antrag jetzt zustimmen, wären Sie nicht beteiligt. Ihnen wird nur berichtet. Es ist verwunderlich, wenn Sie unterschiedliche Ansichten haben.

Der Überraschungseffekt hinsichtlich der Trassen dürfte bei den FREIEN WÄHLERN nicht so groß gewesen sein. Immerhin haben Sie dem Energiekonzept "Energie innovativ" 2011 ebenfalls zugestimmt, in dem die Trassen vorgesehen waren. Sie müssen jetzt nicht so tun, als wären Sie großartig überrascht.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Nein, da steht keine einzige Trasse drin!)

(Von der Rednerin nicht autorisiert) Das steht dick im Konzept "Energie innovativ" von 2011 drin. Dieses Konzept beruht auf den Trassen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Nicht diese Trasse! Lesen Sie richtig!)

(Von der Rednerin nicht autorisiert) - Ich lese richtig. Zwar war Ihr Wirtschaftsminister noch ein gelber, Frau Aigner hat jedoch Ende des Jahres 2013 selber gesagt, dass der Ausbau der Trassen schneller vorangehen müsste. Ich frage Sie: Warum stimmen Sie dem CSU-Antrag zu, wenn Sie nicht beteiligt werden?

(Beifall bei der SPD)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Wir stimmen dem CSU-Antrag deshalb zu, weil er die Kernforderung unseres Antrags beinhaltet und darauf Antwort gibt. Die CSU sagt: Wir wollen keine Vorfestlegungen, sondern ergebnisoffen sein. Frau Kollegin Kohnen, in einem Punkt stimme ich Ihnen zu: Wir haben vier Jahre verloren. Das habe ich deutlich gesagt. Das entbindet uns jedoch nicht der Verantwortung, vernünftige Lösungen für die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung zu suchen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Irgendwann muss das entschieden werden!)

- Das muss sofort entschieden werden – selbstverständlich. Wenn im Jahr 2022 – das habe ich vorhin angedeutet – das letzte Atomkraftwerk vom Netz geht, brauchen wir Alternativen. Deshalb verbleibt uns keine Zeit, und es hat keinen Sinn, darüber zu streiten. Stattdessen müssen Entscheidungen gefällt werden. Es ist besser, die Entscheidung im Konsens zu treffen. Ansonsten müssen diejenigen, die das entscheiden, dafür geradestehen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Ich bitte Frau Ministerin Aigner zum Rednerpult.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will einfach nur über den Energiedialog berichten, der von allen Teilnehmern sehr konstruktiv und positiv wahrgenommen wird. Das ist letzte Woche von der Presse abgefragt worden. Alle Teilnehmer haben das ausdrücklich bestätigt. Sie können davon ausgehen, dass am Montag eine ganze Reihe von Maßnahmen auf der Basis des Energiedialogs vorgeschlagen werden, die sich sehr positiv auf die weitere Entwicklung der Energiewende in Bayern auswirken werden. Sie werden die Energiewende in Bayern mitgestalten.

Herr Häusler, Sie sagen, es wäre nichts passiert. Das ist ein grober Unfug. Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben wir laufend erneuerbare Energien – ein Drittel, über 35 % – zugebaut. Wir bauen weiter zu. Im letzten Jahr sind 125 Wind-

kraftanlagen zugebaut worden. An dieser Stelle brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kohnen, schon beim Lesen kann man Fehler machen. Ich habe es extra herausgesucht und zitiere: Ich bin mir sicher, dass wir nicht zwei Leitungen brauchen. Das bedeutet minus x. Das heißt, dass wir den Ausbaubedarf, der dort festgelegt wurde, anzweifeln. Das haben wir schon immer gesagt. Ich zitiere ein zweites Mal: Wir brauchen Gaskraftwerke. Diese sind bereits im Programm 2011 enthalten.

Herr Stümpfig hat zu Recht das Problem angesprochen, dass wir momentan über installierte Leistungen wie Gaskraftwerke verfügen, die nicht laufen. Daran können Sie unschwer erkennen, dass es nach den jetzigen Marktregeln keine Möglichkeit gibt, mit Gaskraftwerken ans Netz zu gehen. Diese Aufgabe ist auf Bundesebene in der Koalition zu lösen. Deshalb wird die Frage der Versorgungssicherheit ganz wesentlich davon abhängen, inwieweit ein Marktdesign gelingt, in dem Gaskraftwerke die Möglichkeit haben, sich einzuschalten. Über diese Frage werden sich die Parteivorsitzenden unterhalten müssen.

Sehr geehrter Herr Häusler, dasselbe gilt ebenfalls für die Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Wir haben lange darüber diskutiert, ob die Verschärfung oder die Verschlechterung der Eigenversorgung bzw. beim Eigenstromverbrauch dazu führt, dass die Entwicklung bei den Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zurückgeht. Das wird leider eintreten. Das ist eine Aufgabe, die wir ebenfalls in der Koalition lösen müssen. Das sind zwei ganz wesentliche Parameter. Wenn wir diese Fragen geklärt haben, wird am Schluss stehen: Wie hoch ist der Austauschbedarf über irgendwelche Stromleitungen?

Meine Damen und Herren, zusätzlich haben wir einen Planfeststellungsbeschluss erlassen. Dieser ist letzte Woche für die Thüringer Strombrücke ergangen. Das haben wir auch durch das Zusammenwirken aller Regierungskräfte mit großer Geschwindigkeit vorangetrieben. Wir müssen einen Schritt nach dem anderen gehen. Der Energie-

dialog hat sehr gute Ideen und Rückmeldungen hervorgebracht. Der Energiedialog ist ein einzigartiges Projekt. Herr Glauber, dass Sie sagen, Sie seien nicht beteiligt gewesen, finde ich seltsam. Wo ist der Herr Glauber?

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Hier!)

Nach jeder Sitzung der Arbeitsgruppen – Sie waren dabei – wurden die Parlamentarier von mir persönlich informiert. Ich finde es ein ziemlich starkes Stück, wenn Sie sagen, Sie seien nicht beteiligt gewesen. Das halte ich für unverschämt. Das muss ich ehrlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass dies kein einfaches Thema ist. Wir wissen auch, dass wir das Thema nicht in zwei Jahren erledigen können. Es handelt sich um eine Aufgabe, die wir gemeinsam lösen werden. Ich bin mir sicher, dass wir nach dem Energiedialog Vorschläge unterbreiten werden, die mit den Parteivorsitzenden in verantwortlicher Art und Weise ausgehandelt werden. Diese Entscheidung kann nicht allein in Bayern getroffen werden. Diese Entscheidung bedarf einer Bundesgesetzgebung, in deren Rahmen andere Bundesländer ins Boot geholt werden müssen. Ich werde eine gute Grundlage liefern, damit der Ministerpräsident in die finalen Verhandlungen eintreten kann.

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe eine gute Vorlage geliefert. Sie können sich darauf verlassen, dass es sich um eine fundierte und sachlich hochwertige Ausarbeitung handelt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, vielen Dank, dass Sie noch einmal ans Rednerpult zurückgekehrt sind. Mir liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Bitte schön, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Aigner, Sie haben gesagt, über den Energiedialog sei viel debattiert worden. Jetzt sehen wir, dass der Windkraft ein Stürkeeinbruch bevorsteht. Im Jahr 2014 sind nur sehr wenige Photovoltaik-Anlagen zugebaut worden. Im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung tut sich nicht allzu viel. Bei der Wasserkraft werden wir nicht allzu viel ausbauen können. Biogasanlagen befinden sich ebenfalls an der Grenze. Andererseits ist klar: Wenn wir die dezentrale Energieversorgung ausbauen, ist weniger Leitungsbau nötig. Wo ist also Ihr Konzept für den Ausbau der erneuerbaren Energien? Wie wollen Sie in Bayern so viel wie möglich dezentrale Energie erzeugen? An dieser Stelle fehlt mir das Konzept, weil die Zahlen eine andere Sprache sprechen. Sie haben gesagt, der Energiedialog sei klasse verlaufen. Aber wo kann man nachsteuern? Die Kraft-Wärme-Kopplung, die Photovoltaik und die Windkraft würden sich dafür eignen. Und: Wann stampfen Sie die 10-H-Regelung wieder ein?

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Stümpfig, das war ein Ergebnis der letzten Arbeitskreissitzung: Auch Windkraftbefürworter haben festgestellt, das Hauptproblem, weshalb beim Wind nicht mehr gebaut wird, liegt in der Änderung des EEG und bei den Vergütungssätzen. Ich kann Ihnen ferner sagen: Wir haben im vergangenen Jahr so viel ausgebaut wie überhaupt noch nie: 125 Anlagen. So viele Anlagen waren es allein im Jahr 2014. Was in der Zukunft gemacht wird, kann ich Ihnen nicht sagen. Es gibt zwei Interpretationen: Die Befürworter der Windkraft sagen, es wird nichts mehr passieren; die Gegner sagen, es wird alles weitergehen wie bisher. Wahrscheinlich wird das Ergebnis irgendwo in der Mitte liegen, aber das wird uns die Zukunft zeigen. Ich gehe aber davon aus, dass wir den Ausbau vernünftig, und zwar gemeinsam mit den Menschen, machen können. Ver-

nünftig auch deshalb, meine Damen und Herren, weil die Kommunen jetzt die Möglichkeit haben, etwas zu steuern. Diese Möglichkeit hatten sie vorher nicht. Das war eine gute und weise Entscheidung der CSU-Fraktion.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Noch einmal: Im Moment liegen wir bei über 35 %. Der Bund liegt im Durchschnitt bei 24 bis 25 %. Das bedeutet, wir sind bei den Ausbauzielen weit vor dem Bundesdurchschnitt. Auch in unserer Prognose werden wir das weiter betreiben. Trotzdem bleibe ich dabei, egal, ob wir bei 50 %, 45 % oder 48 % landen, ist die entscheidende Frage, wie der restliche Anteil erbracht wird. Auf Bundesebene geht es um die Frage, wie die restlichen 55 % bis 60 % erbracht werden sollen, die selbst nach den Planungen des Bundes nicht durch erneuerbare Energien erbracht werden. Genau das ist die noch immer nicht geklärte Frage. Hier kann ich auch die Bundesregierung und die Koalition nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Es geht um die Frage, ob das künftig alles mit Kohle bestritten wird oder ob wir einen Mechanismus bekommen, bei dem schnell reagierende Gaskraftwerke nachsteuern können. Das zu lösen ist unsere Aufgabe, und dieser Aufgabe werden wir uns stellen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt die nächste Zwischenbemerkung: Herr Kollege Glauber, bitte.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Ministerin, nicht dass wir am Ende zu einer Legendenbildung kommen: Es war doch so, dass Sie auf unsere Fraktionen zugekommen sind und gesagt haben, wir würden am Energiedialog beteiligt. Das erste Ziel war, dass die Fraktionen nicht am Dialog beteiligt werden. Dann haben Sie gesagt, Sie hätten dafür gesorgt, dass wir mit dazukommen. Am Ende ist es aber so gewesen, dass es ein Ein-Stunden-Gespräch war. Im restlichen Dialog sitzen wir als Staffage mit drin.

(Unruhe bei der CSU)

Der Antrag, den Sie heute zur Abstimmung stellen, zeigt, dass Sie diesen Dialog hier im Haus nicht führen wollen. Sie scheuen nämlich die Debatte. Im Bayerischen Landtag sitzt doch jede Menge Sachverstand, und diesen Sachverstand muss ich ernst nehmen. Wenn Sie nun davon sprechen, dass der Dialog offen gestaltet wird, warum schreiben Sie dann den Verbänden und den Unternehmen am Mittwoch um 8.00 Uhr morgens, dass sie die Stellungnahmen zu Ihrem Bericht bis um 14.00 Uhr abgeben sollen?

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Wenn ich die Beteiligten und die Ergebnisse des Energiedialogs ernst nehme, dann setze ich doch kein Ultimatum von sechs Stunden. Das ist doch keine Wertschätzung für so einen Sachverhalt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Noch einmal, Herr Glauber: Bei den Plattformen waren die Fraktionen eingebunden. Bei den Arbeitsgruppensitzungen haben Sie immer alle Informationen bekommen, und zwar zeitnah und in aller Ausführlichkeit. Die Arbeitsgruppenmitglieder haben sich in vielen Stunden beraten, und glauben Sie es mir, ich war viele Stunden dabei. Das war oft am Freitag und am Samstag, und auch die Ehrenamtlichen waren sehr lange da. Das war ein einzigartiger Vorgang. Ich sage ganz ehrlich, ich glaube nicht, dass Sie so viel Arbeit gehabt hätten. Da setze ich ein großes Fragezeichen. Ich kann die Stunden zusammenzählen. Ich werde Ihnen dann das Ergebnis sagen. Ich glaube nicht, dass Sie das geschafft hätten. Es war deshalb sinnvoll, alle Fraktionen gebündelt, komprimiert zu informieren, und Sie waren dabei. Alle Unterlagen der Arbeitsgruppenmitglieder wurden in Ergebnisprotokollen - und jetzt in Dialogprotokollen - festgehalten und zur Verfü-

gung gestellt. Sie können alles nachlesen, es ist alles transparent. Ich habe von keinem der Mitglieder der Arbeitsgruppen auch nur ansatzweise Kritik gehört, im Gegenteil. Sie haben sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bei uns mehrfach bedankt, dass alles bestens vorbereitet war und alle eingebunden wurden. Ich verstehe Ihre Kritik deshalb nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt Herr Kollege Huber für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Frau Ministerin, wir stimmen sicher darin überein, dass wir den vielen am Dialog Beteiligten, den Experten der Wirtschaft wie auch denen der Bürgerinitiativen, die sich über zwei Monate außerordentlich engagiert und kompetent und sachkundig eingebracht haben, an dieser Stelle aufrichtig für den Informationsgewinn danken, anstatt kleinkariert herumzukritisieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, ich spreche für die gesamte Fraktion, wenn ich der Wirtschafts- und Energieministerin ausdrücklich Anerkennung für die wirklich sehr geschickte Moderation dieses Energiedialogs zolle.

(Beifall bei der CSU)

Es ist gar nicht einfach, Kombattanten, die mit geladenen Waffen kommen, an einem Runden Tisch zusammenzubringen. Dafür, dass diese Personen heute sehr viel mehr miteinander reden als jemals zuvor und wir echten Gewinn aus diesem Dialog ziehen können, möchten wir uns aufrichtig bedanken.

Wir werden erst einmal die Ergebnisse auswerten. Die Opposition will doch im Grunde nur einen Schnellschuss.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vier Jahre nach Fukushima ist das doch kein Schnellschuss!)

Nachdem im Wesentlichen der Bund die Entscheidungen trifft, ist es richtig, den Bund einzubinden und dem Parlament dann die Entscheidungsgrundlagen vorzulegen. Dann ist das Parlament am Zug.

Ich möchte hier noch eine weitere Bemerkung machen. Die Opposition scheint einen 10-H-Komplex zu haben, den sie ausgiebig pflegt.

(Beifall bei der CSU)

Offenbar ist dieser Komplex unheilbar. Mich wundert das, weil es unter 10 H kein Verbot von Windkraftanlagen gibt, sondern mit der 10-H-Regelung beteiligen wir die Gemeinden, was bisher nicht der Fall war.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Von dieser, der linken Seite des Parlaments, höre ich doch immer, die Kommunen sollten beteiligt und die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden. Wenn man das aber macht, dann ist das auch wieder falsch.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD) – Weitere Zurufe von der SPD)

- Sie wissen doch gar nicht, was Sie wollen!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Ich stimme hier inhaltlich ganz und gar mit Ihnen überein.

Präsidentin Barbara Stamm: Nun habe ich noch Frau Kollegin Kohnen. Bitte.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Erst einmal zu Herrn Huber. Er sollte den Beteiligten des Energiedialogs nicht nur für ihre Beteiligung dieses Mal danken; denn fast 90 % aller Beteiligten des Dialogs im Herbst saßen schon nach Fukushima im Jahr 2011 zusammen und haben damals ein Energie-innovativ-Konzept erstellt.

(Staatsministerin Ilse Aigner: Nein!)

Ich glaube nicht, dass die Opposition überhastet reagiert. Wir haben vielmehr 2011 dieses Konzept parteiübergreifend beschlossen. Dieses Konzept ist nicht das Schlechteste, und wir sind damit recht gut gefahren, bis das Durcheinander mit 10 H und so weiter kam.

(Unruhe bei der CSU)

Ich glaube, die Beteiligten des Energiedialogs sind schon seit vielen Jahren hier im Einsatz. Da hätten Sie auch für 2011 durchaus danken können. Damals haben die Beteiligten im Übrigen sehr wenig Zeit gehabt. Sie mussten innerhalb von zehn Tagen das Energiekonzept aufstellen. Dieses Mal haben sie immerhin zwei Monate Zeit gehabt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Frau Aigner, wir werden dem CSU-Antrag nicht zustimmen, weil wir in diesem Punkt nicht einverstanden sind.

(Zuruf von der CSU: Das ist aber schade!)

- Ich weiß nicht, ob dieses Thema für Zynismus geeignet ist. Ich versuche hier ganz ernsthaft zu erklären, warum wir nicht einverstanden sind. Sie wollen am Ende dem Landtag berichten, wir aber wollen beteiligt werden, und zwar hier in einer Debatte. Wir wollen das im Parlament beraten, bevor Sie nach Berlin gehen. Diesen Aspekt

enthält Ihr Antrag nicht, das steht weder im Antragstext noch in der Begründung. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Ministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Kohnen, ich habe kein Problem, auch den Mitgliedern der Kommission von 2011 zu danken. Allerdings war die Kommission nicht genauso zusammengesetzt. Insbesondere die Vertreter der Bürgerinitiativen waren damals nicht mit einbezogen. Das muss man klarstellen.

(Natascha Kohnen (SPD): Ich habe gesagt, zu 90 %!)

- Das ist richtig. Ich habe es nicht nachgezählt, aber das waren sicherlich weniger als 90 %. Wie auch immer: Das jetzige Format ist mit Sicherheit einmalig. Ich kann Herrn Kollegen Huber durchaus zustimmen: Hier haben Menschen miteinander gesprochen, die zuvor nur über die Presse kommuniziert haben. Das werde ich auch am Montag sagen, weil es in den nächsten Jahren noch viele Punkte geben wird, die wir weiterverfolgen werden müssen. Das Format war Gold wert, und ich kann nur noch einmal sagen, dass die Rückmeldungen der Teilnehmer der Plattform mehr als positiv waren. Die Presse hatte manchmal die Schwierigkeit, negative Stimmen zu finden. Das tut mir für die Presse sehr leid; aber für den Dialog war es sehr schön. So soll es auch in Zukunft sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Antrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/5004 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich

um das Handzeichen. – Die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD-Fraktion und CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/5017 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion und zwei Stimmen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD und wieder Stimmen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Stimmen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER und einige Stimmen bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Eine klare Linie bei den FREIEN WÄHLERN! – Weitere Zurufe)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5005 bis 17/5012 sowie 17/5018 bis 17/5020 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.